

UdSSR beunruhigt über Krise in Libanon

Moskau (ADN). Die Sowjetunion sei äußerst beunruhigt über die aus der Geisellaffäre in Libanon entstandene Krisenentwicklung, die mit der Entführung des libanesischen Schlichters Scheich Obeid durch Israel seinen Anfang genommen habe...

Repräsentant der UNO weifer um Beilegung der Geisellaffäre bemüht

Beirut (ADN). Im Rahmen seiner Bemühungen um eine Beilegung der Geisellaffäre im Nahen Osten traf der stellvertretende UNO-Generalsekretär für politische Sonderfragen, Marrack Goulding, am Montag erneut in Beirut ein...

Teheran (ADN). Irans Präsident Hojatolleslam Ali Akbar Hashemi Rafsanjani bekräftigte am Montag seine Bereitschaft, sich an den Bemühungen um eine Beilegung der Geisellaffäre zu beteiligen...

Pentagon bestätigt Tod der Geisel Higgins

Washington (ADN). Das Pentagon hat am Montag den Tod des Oberleutnants der US-Marineinfanterie William Higgins bestätigt. Er hatte bis zu seiner Entführung im Februar 1988 bei der UNO-Friedenstruppe in Südbanban gedient...

Außenminister Angolas: UNITA gefährdet Vertrag über Waffenstillstand

Luanda (ADN). Angolas Außenminister Van-Dunem hat der oppositionellen UNITA vorgeworfen, durch fortgesetzte militärische Operationen das Ende Juni abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen zu gefährden...

Türkei: Hungerstreik der Häftlinge ausgeweitet

Ankara (ADN). Der Hungerstreik in den türkischen Haftanstalten hat sich ausgeweitet. Nach Angaben des türkischen Menschenrechtsverbandes sind jetzt rund 1500 Häftlinge an der gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen gerichteten Protestaktion beteiligt...

Berlin (West): Wohnung mit zwei Zimmern kaum noch unter 1000 DM

Mieten in den letzten 20 Jahren mehr als verdreifacht / Bereits 12 000 Obdachlose

Berlin (West) (ADN). „Suche eine 2-Zimmer-Wohnung bis zu 1000 DM Monatsmiete“ – auf diesen Wunsch erntete eine verzweifelte Frau bei mehreren Wohnungsmaklern in Berlin (West) nur ein müdes Kopfschütteln...

11. Gesprächsrunde über nukleare Waffen beendet: Trotz Fortschritten keine Einigung in Hauptfragen

Genf (ADN). Die 11. Runde der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen in Genf ist am Montag beendet worden. Die nächste Verhandlungsrunde soll unmittelbar nach einem Treffen der Außenminister der UdSSR und der USA im September beginnen...

Der Leiter der sowjetischen Delegation, Botschafter Yuri Nasarkin, erklärte unmittelbar nach Abschluss der 11. Runde, trotz Fortschritten auf einigen Gebieten hätten die Verhandlungen bisher keine Einigung in den Hauptfragen gebracht. Übereinstimmung sei im Verlauf der siebenwöchigen Verhandlungen über Formulierungen erzielt worden...

Wenn auch kein Durchbruch erzielt wurde, so sei doch in einer Reihe von Fragen ein solider Fortschritt erreicht worden, erklärte der Leiter der USA-Delegation, Botschafter Richard Burt, vor der Presse. Die Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen seien außerordentlich detailliert und komplex, der Vertragstext umfasse bereits mehr als 450 Seiten...

Sowjetunion für Stopp der Waffenlieferungen an afghanische Konfliktparteien

Sprechererklärung: Kein UdSSR-Soldat mehr im Land

Moskau (ADN). Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse hat sich erneut für den Stopp sämtlicher Waffenlieferungen an die Konfliktparteien in Afghanistan und für eine Feuer-einstellung ausgesprochen. In einem Interview der afghanischen Nachrichtenagentur Bakhtar, das am Montag in Moskau veröffentlicht wurde, erklärte Schewardnadse, die UdSSR habe diesen Vorschlag schon wiederholt unterbreitet...

Schewardnadse bekräftigte die Absicht seines Landes, auch künftig aktiv zu einer friedlichen Beilegung des Afghanistan-Konflikts beizutragen. Er erinnerte an den gemeinsam mit Präsident Najibullah unterbreiteten Vorschlag, eine internationale Afghanistan-Konferenz sowie eine regionale Konferenz mit den Nachbarlän-

Einheitsliste der Werktätigen Israels

Wahlbündnis gegen arbeitferndliche Regierungspolitik

Tel Aviv (ADN). Ein Abkommen über eine gemeinsame jüdisch-arabische Liste für die Wahlen zu den leitenden Organen des Allgemeinen Arbeiterverbandes Israels (Histadrut) im November dieses Jahres haben die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (CHADASCH), in der auch die Kommunistische Partei Israels vertreten ist, die Arabische Demokratische Partei unterzeichnet. Der von der CHADASCH aufgestellte Spitzenkandidat ist der Gewerkschaftsfunk-

tionär Benjamin Gonen. Mitglied des Politbüros der KP Israels. Mit dem Wahlbündnis soll eine vereinigte Front der Werktätigen gegen die arbeitferndliche Politik der Regierungskoalition von Likud und Arbeiterpartei geschaffen werden. Weiterhin wird in dem Programm der Liste auf den Zusammenhang zwischen der anhaltenden Okkupation arabischer Territorien und der schwierigen Wirtschaftslage hingewiesen. Als ein Hauptziel des Bündnisses wird der Kampf für Frieden bezeichnet.

über 2000 DM. Nur 34 Wohnungen, also weniger als zehn Prozent, sollten bis zu 500 DM kosten und waren meist mit Auflagen wie „nur älteres Ehepaar ohne Kinder“ verbunden. Aus den Statistiken des Mietvereins geht hervor, daß gegenwärtig in Berlin (West) 60 000 Menschen bei den Wohnungsämtern mit einem „Wohnberechtigungsschein“ eingetragen, d. h. als Wohnungssuchende registriert sind. Über 100 000 stehen auf den Wartelisten der Wohnungsbaugesellschaften. Die Mietpreise haben sich in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdreifacht. Kostete der Quadratmeter 1968 noch 1,99 DM, so liegt er heute bei durchschnittlich 6,39 DM. Allein die Aufhebung der Mietpreisbindung im Januar 1988 hat nach Einschätzung von Mieterorganisationen

Neue bolivianische Regierung ernannt

La Paz (ADN). Jaime Paz Zamora, der am Sonntag als bolivianischer Präsident vereidigt worden war, hat noch am selben Tag seine Regierung ernannt. Gemäß den Koalitionsvereinbarungen zwischen seiner Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) und der Nationalistischen Demokratischen Aktion (ADN) des früheren Diktators Hugo Banzer wird das 18köpfige Kabinett von beiden Parteien zu gleichen Teilen gestellt. Außenminister wurde Carlos Iturralde, das Innenressort übernahm Guillermo Capobianco. Neuer Finanzminister ist David Blanco.

Khamenei als Führer der Islamischen Republik Iran gewählt

Teheran (ADN). Zum neuen Führer der Islamischen Republik Iran wurde Ayatollah Seyed Ali Khamenei gewählt. Die Entscheidung traf der Wächterrat, eine Versammlung von etwa 80 hohen Geistlichen, oberste Instanz in Verfassungsfragen. Khamenei, bisher Staatspräsident, tritt damit die Nachfolge des Anfang Juni verstorbenen Ayatolla Khomeini an.

Als neuer Präsident des Landes war in der vergangenen Woche Hojatolleslam Ali Akbar Hashemi Rafsanjani vereidigt worden. Er hatte bei allgemeinen Wahlen 94,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten.

Erneut Schweinepest in der BRD ausgebrochen

Bonn (ADN). In der Landwirtschaft der BRD ist erneut die Schweinepest ausgebrochen. Nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind der Rhein-Sieg-Kreis und der Regierungsbezirk Darmstadt von der Virusepeste betroffen. Dort gebe es besonders viele Fälle.

Malediven: Putschisten zum Tode verurteilt

Malé (ADN). Wegen Teilnahme an einem Umsturzversuch auf den Malediven im November 1988 hat das Oberste Gericht in Malé sechs Männer aus Sri Lanka zum Tode verurteilt. Gegen acht weitere wurden Haftstrafen verhängt. Die Urteile gegen die übrigen 61 nach dem Putsch verhafteten sollen noch diese Woche gefällt werden.

Bei dem Putschversuch gegen die Regierung von Präsident Maoum Abdul Gayoom, der auf ein Hilferufen der Regierung von indischen Fallschirmjägern niedergeschlagen wurde, waren mindestens zwölf Menschen getötet und mehr als 100 verletzt worden.

Kabul erneut mit Raketen beschossen

Kabul (ADN). Die afghanische Hauptstadt Kabul lag am Montag erneut unter Raketenbeschuss durch die bewaffnete Opposition. Nach vorläufigen Angaben kamen acht Einwohner ums Leben, 18 wurden verletzt. Wie die Landesagentur Bakhtar berichtete, schlugen 38 Boden-Boden-Raketen ein. Laut TASS wurde auch das Gelände der sowjetischen Botschaft getroffen. Dabei seien Dienstgebäude beschädigt worden.

Um Kabul sind gegenwärtig bis zu 10 000 bewaffnete Oppositionelle aktiv

Premier Neuseelands kündigte Rücktritt an

Wellington (ADN). Der neuseeländische Ministerpräsident David Lange hat am Montag seinen Rücktritt angekündigt. Auf einer Pressekonferenz in Wellington führte der Labourpolitiker vor allem gesundheitliche Gründe für seine Entscheidung an. Lange teilte mit, daß er am heutigen Dienstag dem Generalgouverneur, der das Staatsoberhaupt, Königin Elizabeth, vertritt, sein offizielles Rücktrittsgesuch und eine Empfehlung für die Ernennung seines Nachfolgers übergeben werde.

David Lange ist seit 1984 Ministerpräsident des südpazifischen Inselstaates. Unter seiner Regierung hatte Neuseeland eine Politik der Kernwaffenfreiheit betrieben.

Australien prangert Apartheidpolitik an

Canberra (ADN). Australiens Premierminister Bob Hawke prangerte am Montag in Canberra die fortgesetzte Diskriminierung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika an. Von realen Veränderungen im Apartheidstaat könne keine Rede sein, solange die Hautfarbe eines Menschen seine Lage in der Gesellschaft bestimme. Hawke setzte sich für die Freilassung von Nelson Mandela und für Gespräche mit dem Afrikanischen Nationalkongress und anderen repräsentativen Organisationen der Schwarzen ein.

Der australische Regierungschef sprach zur Eröffnung einer Tagung des Südafrika-Ausschusses des Commonwealth.

Mieczyslaw Rakowski vor dem Parteiaktiv der polnischen Streitkräfte

Warschau (ADN). Eine Tagung des Parteiaktivs der polnischen Streitkräfte hat am Sonnabend in Warschau in Anwesenheit des Ersten Sekretärs des ZK der PVP, Mieczyslaw Rakowski, stattgefunden. Dabei wurden laut PAP Fragen der Entwicklung Polens im Zusammenhang mit den sich auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet vollziehenden Reformen erörtert.

Es sei die Sorge um den Stand der Verteidigungsfähigkeit angesichts der inneren und äußeren Bedingungen betont worden. Die Beratung habe den gesamt-nationalen Charakter der polnischen Streitkräfte unterstrichen. Es seien Fragen der Erziehungsarbeit und der Umgestaltung, die sich in der Armee vollziehen, und deren Ausdruck die voranschreitende Restrukturierung in den Streitkräften sei, beraten worden. Darüber hinaus, so PAP, habe große Aufmerksamkeit sozialen Problemen und finanziellen Schwierigkeiten der Armee, die ein hartes Sparsamkeitsregime erforderten, gegolten.

In seiner Rede vor dem Parteiaktiv der polnischen Streitkräfte, die von PAP auszugewiesener verbreitet wurde, bedankte sich Mieczyslaw F. Rakowski eingangs für die Glückwünsche zu seiner Wahl zum Ersten Sekretär des ZK der PVP. Wörtlich erklärte er laut PAP:

„Das Zentralkomitee, das Politbüro und das Sekretariat können sich ihren Aufgaben, der Realisierung der vom 10. und vom 13. Plenum beschlossenen Ziele, unter der Bedingung erfolgreich widmen, daß unsere Tätigkeit von tatsächlicher und nicht deklarativer Aktivität unterstützt wird – wenn schon nicht durch die ganze Partei, so doch durch die Mitglieder, deren heißes Bestreben die Festigung der geschwächten Position der Partei in der Gesellschaft und die Schaffung einer Partei der Avantgarde im Prozeß der von ihr selbst initiierten gewaltigen Umgestaltungen ist.“

Ich weiß, daß dies nicht das Bestreben einiger oder Tausender, sondern Hunderttausender Mitglieder der Partei ist. An sie appelliere ich, aktiv zu handeln, um die Barrieren des Unvermö-

gens zu durchbrechen und die Gewohnheit zu überwinden, sich angesichts demagogischer Angriffe auf die zurückliegenden 45 Jahre, auf die historischen Errungenschaften der Partei der polnischen Linken in den revolutionären Umgestaltungen, die sich in unserem Land vollzogen, in die Ecke zu verkriechen. Trotz Mißerfolgen und Niederlagen, Schwächen und Fehlern haben wir keinen Grund, eine Büberhaltung einzunehmen.

Diese Position zu verlassen ist die erste Bedingung, um Kräfte sammeln zu können und zugleich den Weg zu öffnen für die Wiederherstellung des Kampferasmus der Partei und ihrer Avantgarde-Rolle bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen gemäß den Anforderungen, die die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation mit sich bringt. Wir können das mit Fug und Recht tun.

Eine der Bedingungen für das Vorwärtsschreiten ist es, den Parteimitgliedern und vor allem dem Aktiv das Gefühl und die Überzeugung zu geben, daß zwischen der Parteibasis und ihren Führungsgremien feste ideelle Bande bestehen. Was mich betrifft, so verspreche ich, dafür zu sorgen, daß diese Bande keine leiblose Deklaration werden.

Bei der Arbeit zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Gesellschaft zur Partei, zu ihrer Politik, trotz unserer schwierigen Bedingungen, zähle ich und zähle wir auf die aktive Unterstützung der PVP-Mitglieder in der polnischen Volksarmee. Die Parteimitglieder in Uniform lebe doch mit denselben Fragen wie die Partei in Zivil. Es drücken sie dieselben Probleme, dieselben Ängste, dieselben Gründe für Unzufriedenheit wie auch für Zufriedenheit. Die Genossen in Uniform bilden ein eigenes Milieu, das ebenso wie andere seine Spezifika hat. Aber sie haben auch Ideen und Ziele, die sie als Parteimitglieder verbinden, unabhängig davon, wo sie arbeiten und welche Kleidung sie tragen.

Offiziere, Fähnriche, Unteroffiziere und Soldaten aus den Reihen der Partei haben sich in der Vergangenheit wiederholt als ein starker Pfeiler der Volksmacht erwiesen. So ist es heute und so

wird es – davon bin ich überzeugt – auch in Zukunft sein. Die polnische Volksarmee als gesamt-nationale Verteidigungskraft, ihre Führungskader und die breite Masse der Soldaten unterstützen mit ihrem tagtäglichen ehrlichen und gewissenhaften Dienst sowie mit ihrer gesellschaftlichen Arbeit die politischen und wirtschaftlichen Reformen, die sich in Polen vollziehen. Das ist eine Tatsache, die mit vielen Beispielen belegt werden kann.

Die hohe Autorität der polnischen Volksarmee in unserer Gesellschaft, ihre Opferbereitschaft und ihre zahlreichen Beweise des Patriotismus sind Eigenschaften, die man bei der Wiederherstellung und Stärkung der Werte des Sozialismus umfassend nutzen muß. Wir leben in einer Zeit, da viele davon sowohl der Kritik seitens unserer politischen Gegner – mitunter sehr scharf – als auch Proben ihrer Lebensfähigkeit ausgesetzt sind.

Wir vermögen Spreu vom Weizen zu trennen, veraltete Ideen von strenger, aber gerechter und zugleich wirklich schöpferischer Kritik zu unterscheiden – einer Kritik, die die Ursachen der Deformation beseitigen und einen soliden Boden für die Entwicklung eines modernen, umfassend rationalisierten Sozialismus schafft. Ihr, Genossen in Uniform, seht diese Fragen ähnlich wie die Parteiführung. Das ist eine große Hilfe, eine große Unterstützung, die ich enorm schätze.

Jetzt, Genossen, erwartet die Partei die Einberufung des XI. Parteitag. In vielen Kreisen der Partei beliebt sich die Diskussion um den Stand der Partei, um ihre aktuellen und langfristigen Aufgaben. Das ist eine insgesamt positive Tatsache. Die Parteiführung begrüßt diese Beilegung, insbesondere dann, wenn die Mitglieder ihre Sorge um die Zukunft der Partei äußern. Letztendlich sind es die über die Kraft und die Position der Partei in der Gesellschaft entscheiden. Sie müssen wir erreichen und ihren Kampfeswillen stärken. Ich wiederhole es erneut: Wir haben keinen Grund, auf den Knien zu kriechen. Wir können und sollten mutig mit erhobenem Haupt jedem unserer Landsleute in die Augen sehen.“

NATO-Generalsekretär: Osten weiter unter Druck setzen

Würzburg (ADN). Die NATO dürfe nach Auffassung ihres Generalsekretärs Manfred Wörner nicht darin nachlassen, politischen Druck auf den Osten auszuüben. Auf einem Kongreß der Internationalen Reserveoffizier-Vereinigung der NATO (CIOR) sprach er sich in Würzburg nachdrücklich für die Modernisierung der Streitkräfte der Militäralianz aus. Notwendig seien die Erhöhung der Kampfbereitschaft der NATO-Verbände, die Realisierung neuer Rüstungsprogramme und die Beibehaltung der nuklearen Abschreckungsdoktrin. Im Sinne der Politik der Stärke plädierte Wörner für schlagkräftige Einsatzreserven, die nach seinen Worten der NATO größeren Spielraum in Abrüstungsverhandlungen geben sollten. Entgegen den konkreten einseitigen Abrüstungsschritten sozialistischer Staaten und ihren weitreichenden Reduzierungsvorschlägen tische der NATO-Generalsekretär erneut die Lüge von der Aufrüstung des Ostens auf.

Die Argumente in der Rede des NATO-Generalsekretärs riefen Verwunderung hervor, stellte TASS in einem Kommentar fest. Die Notwendigkeit, die Verteidigung des Westens zu stärken, sei nach Wörners Meinung „vom Fehlen realer Schritte zur Abrüstung seitens der Sowjetunion“ diktiert, die angeblich die Produktion von Kampftechnik im früheren Umfang fortsetze. Und was ist mit den zahlreichen praktischen Schritten der UdSSR wie die einseitige Reduzierung der Streitkräfte um 500 000 Mann, den Abzug von Truppen und Kampftechnik aus europäischen sozialistischen Ländern, die Umstellung der verbleibenden Truppen auf Verteidigungsstruktur? In der Sowjetunion, so TASS, sei man zur Rede Wörners der Auffassung, daß die Konfrontation zwischen Ost und West auf keinen Fall mit dem Instrumentarium des kalten Krieges zu bereinigen sei.

Friedenskräfte in Münster: Atomare Waffen nicht modernisieren

Münster (ADN). Weitere Schritte im Abrüstungsprozeß haben der DGB und die Friedensinitiativen der westfälischen Stadt Münster in einer gemeinsamen Erklärung gefordert. Zu einem Entspannungsprozeß gehörten weitere Null-Lösungen bei atomaren, biologischen und chemischen Waffen und nicht die „Modernisierung“ von Atomraketen. In der Erklärung bekundete die Unterzeichner zugleich ihre Besorgnis über das Anwachsen des Neozinismus in der Bundesrepublik. Sie fordern die Stadtverwaltung auf, keine öffentlichen Plätze und Räume für Veranstaltungen an neonazistische Gruppierungen zu vergeben.

Bangladesh: Über 160 Tote bei Überflutung

Dhaka (ADN). Im Norden von Bangladesh sind bei Überschwemmungen bisher mindestens 164 Menschen ums Leben gekommen. Wie die Regierung in Dhaka am Montag mitteilte, wurden 400 000 Menschen von den Wassermassen eingeschlossen. Tausende versuchten, in höhergelegenen Gebieten Sicherheit zu finden. In dem Katastrophengebiet herrscht Seuchengefahr.

Brasilien: Bei Konflikten mit Großgrundbesitzern 32 Bauern ermordet

Brasilia (ADN). In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden bei Konflikten um Grund und Boden in Brasilien 32 Bauern und Gewerkschafter umgebracht. Wie die Pastorale Landkommission der brasilianischen Kirchen informierte, kam es in diesem Zeitraum zu 168 Zusammenstößen landloser Bauern mit Großgrundbesitzern.

USA-Präsident besteht auf neuen mobilen Kernwaffen

Ebenfalls mehr Mittel für Weltraumrüstung gefordert

Washington (ADN). USA-Präsident George Bush hat am Montag vom Kongreß die Zustimmung zu den von der Regierung geforderten Milliarden für die Finanzierung neuer nuklearer Waffensysteme verlangt. Während einer Rede in Fort Myer bei Washington nannte er beide von der Regierung geplanten mobilen Raketen, die MX mit jeweils zehn Sprengköpfen auf Eisenbahnwaggons und die Midgetman mit einem Sprengkopf auf Sattelschleppern, als unverzichtbar. Die Administration brauche auch mehr Geld für den B-2-Bomber

und die Weltraumrüstung, als das Repräsentantenhaus zugestehen wolle.

Bush und eine Senatsmehrheit versuchen, eine Entscheidung des Repräsentantenhauses, das Abstriche an der nuklearen und SDI-Rüstung vorgenommen hatte, zu Fall zu bringen. Die gültige Endfassung des auf 305 Milliarden Dollar veranschlagten Militäretats im Haushaltsjahr 1989/90 soll am 8. September zwischen beiden Kammern vereinbart und dann Bush zur Unterschrift vorgelegt werden.

Mosaik

Hochwassersituation dramatisch. Delhi. Fünf Millionen Menschen sind im Norden und Osten Indiens von Überschwemmungen betroffen. Durch neue Überflutungen hat sich die Situation im Unionsstaat Westbengalen weiter verschlechtert. In Assam wurde auf einer Fläche von 280 000 Hektar die Reisenernte vernichtet. Millionenraub aus Luxavilla. Paris. Schmuck und Bargeld im Wert von umgerechnet drei Millionen Mark wurden aus der Luxavilla eines französischen Großindustriellen in Saint-Tropez gestohlen. Schlag gegen Drogenhändler. Tel Aviv. Die israelische Polizei hat nördlich der Hafenstadt Haifa

21 Kilogramm reines Heroin mit einem Schwarzmarktwert von 30 Millionen Mark beschlagnahmt. Sechs Personen wurden festgenommen. Strömung gefährdete Schwimmer. Amsterdam. 29 erschöpfte Schwimmer wurden am Wochenende im niederländischen Seebad Scheveningen aus der stürmischen Nordsee gerettet. Sie waren von einem starken Sog in der Umgebung der Wellenbrecher überrascht worden. Ein Badender konnte nur noch tot geborgen werden. 116 Benotenper in Indonesien. Jakarta. Bei dem Erdbeben vergangener Woche in Indonesien sind nach jüngsten Informationen 116 Menschen ums Leben gekommen. Das Beben mit der Stärke sechs auf der Richterskala hatte die Ostprovinz Irian Jaya erschüttert und Erdbeben ausgelöst.

D-Zug kollidierte mit Fasan

Rom. Der Schnellzug Florenz-Rom mußte wegen einer Kollision mit einem Fasan seine Fahrt nahe Arezzo in der Toskana unterbrechen. Der Vogel hatte die Windschutzscheibe der Lokomotive durchgeschlagen, wodurch der Lokomotivführer im Gesicht verletzt wurde.

Was sonst noch passierte

Als „Eigentor“ erwies sich eine Vorsichtsmaßnahme von Bankräubern in Kansas City (USA-Bundesstaat Missouri) zur Abschüttelung eventueller Verfolger. Nach verübter Tot fuhren sie mit ihrem Wagen auf ein von ihnen selbst ausgelegtes Nagelbrett und mußten ihre Flucht zu Fuß fortsetzen.